

Jahresbericht des Präsidenten 2010

1. Allgemeines

Das Verbandsjahr 2010 war vor allem durch die Umsetzung des Verbandsentwicklungsprojekts SPRING geprägt. Es galt, die sich auflösenden Behördenverbände in die Organisation des VLG zu überführen und sicherzustellen, dass die fünf Bereiche schnell ihre neue Rolle finden. Danebst musste auch das Tagesgeschäft bewältigt werden, welches den Verband auch im vergangenen Jahr wiederum sehr forderte. An der ausserordentlichen Generalversammlung vom 18. Januar 2010 in Wolhusen wurde das Projekt SPRING offiziell beschlossen. Die Umsetzungsphase begann dann sofort und läuft noch immer. Der Vorstand behandelte an insgesamt 11 Vorstandssitzungen wiederum unzählige Geschäfte. Die neu fünf Bereiche erarbeiteten zu rund 25 Geschäften Vernehmlassungen und Stellungnahmen. Der Verband war zudem wiederum in unzähligen Arbeitsgruppen zu verschiedensten Themenbereichen vertreten. So gesehen war auch im vergangenen Jahr die Geschäftslast unvermindert gross und insbesondere hielt der zeitliche Druck unvermindert an, ja er war in der Tendenz eher steigend. So stösst eine Milizorganisation wie VLG zunehmend an Grenzen, will er weiterhin seinen Anspruch als wichtiger Mitgestalter der kantonalen Politik einlösen. Umso wichtiger ist es, dass der Verband seine Kräfte noch besser bündeln kann. Die Verbandsreorganisation des VLG war ein wichtiger Schritt, der auch 2011 noch weiter umgesetzt wird.

2. Arbeit in den fünf Fachbereichen

Nachfolgend werden die wichtigsten Geschäfte aus den fünf¹ Fachbereichen erwähnt. In der Regel werden alle Geschäfte des VLG vorerst einem Fachbereich zugewiesen, der daraus ein Vorstandsgeschäft vorbereitet oder allenfalls selber entscheidet. Einige wenige Dossiers werden direkt durch den Vorstand zentral geführt. Die fünf Bereiche wurden im Rahmen des Verbandentwicklungsprozesses SPRING neu organisiert. So ist in allen Bereichen sichergestellt, dass die verschiedenen Regionen des Kantons darin vertreten sind. In unterschiedlicher Intensität und Frequenz werden in den Bereichen denn auch sog. Regionalkonferenzen durchgeführt, was u.a. eine Forderung aus dem Projekt SPRING war. Die Meinungen und Befindlichkeiten der verschiedenen Regionen können so direkt in die Bereichsarbeit und später auch in die Vorstandsarbeit einfließen. Auf diese Weise kann die Arbeit der aufgelösten Behördenverbände auf Bereichsebene weitergeführt werden. Für den Verband ist der Kontakt zu den Gemeinden über die Fachbereiche ganz entscheidend.

2.1 Bereich Bau-Umwelt und Wirtschaft (Bereich BWUD)

Dieser Bereich, der im Wesentlichen aus dem ehemaligen Gemeindeammännerverband (GAV) hervorgegangen ist, konnte aufgrund der neuen Bereichszuteilung einige Geschäfte an den Bereich Justiz und Sicherheit abgeben. Er führte aber in diesem Fachgebiet noch gewisse Aufgaben zu Ende, so bspw. die Empfehlungen für die Gemeinden betreffend Bewilligung für Feuerwerke und das überarbeitete Vademecum der Luzerner Polizei. Daneben behandelte der Bereich wiederum unzählige Geschäfte aus dem Bereich Bau-Umwelt und Wirtschaft und stellt und betreut die VLG Vertretung in den Arbeitsgruppen zur Revision des Bau- und Planungs- sowie des Wasserbaugesetzes.

¹ Gemäss Statuten vom 28.01.2010 hat der VLG neu fünf Bereiche, welche sich an die kantonale Departementsstruktur anlehnen. Sie werden auch so benannt: Bereich BUWD, BKD, FD, GSD und JSD. Es wird keine Nummerierung mehr verwendet.

CKW Konzessionsverträge, Situation hat sich beruhigt

Nach dem grossen Sturm im Jahr 2009 in den Gemeinden in der Frage der Genehmigung der erneuerten CKW-Konzessionsverträge hat sich die Situation im letzten Jahr beruhigt. Eine kleine Arbeitsgruppe kümmerte sich in Zusammenarbeit mit der CKW um die Lösung einzelner Umsetzungsfragen beim neuen Konzessionsvertrag. Die WEKO hat bekanntlich dann im Frühjahr 2010 in einem Gutachten in Zusammenhang mit einer Anfrage aus Emmen festgehalten, dass Stromkonzessionen öffentlich ausgeschrieben werden müssten. Diesem Gutachten folgten indessen noch keine Taten. Die Frage wurde im Verlaufe des Jahres von verschiedenen Rechtsgelehrten aufgenommen. Diese vertreten mehrheitlich die Auffassung, dass es in diesem Bereich keine öffentliche Ausschreibungspflicht braucht. Klärung werden hier wohl entweder der Gesetzgeber oder das Bundesgericht schaffen². Die CKW hat auf Ersuchen derjenigen Gemeinden ohne neuen Konzessionsvertrag erste Gespräche geführt. Der VLG ist dort nicht involviert, hat aber gegenüber der CKW seine Haltung wiederholt, dass er auf einer absoluten Gleichbehandlung aller Gemeinden pocht.

Stellungnahmen zum Stromversorgungsbericht und Stromversorgungsgesetz

Der Bereich hat in diesem Zusammenhang ebenfalls Stellung zum Stromversorgungsgesetz und vorher zum Planungsbericht genommen. Darin bekräftigten der Bereich und danach auch der Vorstand, an der Konzessionsabgabe festhalten zu wollen, denn die Ausfälle für die Gemeinden wären in Anbetracht der neuen Belastungen (Pflegefiananzierung, Steuergesetzrevision) zu gross, um auf diese Einnahmen verzichten zu können.

Geoinformationsverordnung unter Dach und Fach gebracht

Nach einigem Hin- und Her konnte auch die revidierte Geoinformationsverordnung unter Dach und Fach gebracht werden. Massgebend dabei waren dabei die vom Bereich BUWD ausgearbeitete Stellungnahme sowie ein klärendes Gespräch mit einer Vertretung des Departementes und einer Delegation des VLG.

Regionale Entwicklungsträger (RET) als neuer Partner der VLG

Nach dem Inkrafttreten des neuen Richtplanes bildeten sich auch die vier regionalen Entwicklungsträger (RET), Luzern Plus, Idee Seetal, Sursee-Mittelland und Luzern West. Der VLG erkannte dabei gewisse Schnittstellen. So sind diese Themen vermehrt auch im Bereich traktandiert und der VLG Geschäftsführer ist an den Entwicklungsträgerkonferenzen stets eingeladen. Ziel ist, dass es keine Doppelspurigkeiten zwischen den RET und dem VLG gibt. An einer ersten Zusammenkunft wurde eine gegenseitige Auslegeordnung vorgenommen, woraus ein Projekt entstand, welches zu einer Überprüfung der bisherigen Wirkung der Ziele der Förderung der Zentren und des ländlichen Raumes aus dem Jahre 2007 führen soll.

2.2 Bereich Bildung und Kultur (Bereich BKD)

Der Bereich Bildung beschäftigte sich wiederum mit vielen Fragen vorab aus dem Bereich Volksschulen. Im Mittelpunkt standen die Revision des Volksschulbildungsgesetzes sowie die Musikschulen.

² Die nationalrätliche Kommission RUEK hat im Februar 2011 im Rahmen der Revision des Stromversorgungsgesetzes entschieden, Stromnetzkonzeptionen von der öffentlichen Ausschreibungspflicht ausdrücklich auszunehmen.

Einführung der freiwilligen Basisstufe

Im Rahmen der Mitwirkung in der Trägerschaft des Projekts Schule mit Zukunft (SmZ), galt es nach der gesetzlichen Verankerung der schulergänzenden Betreuungsangebote für alle Gemeinden (Angebotsobligatorium), die Revision des Volksschulbildungsgesetzes an die Hand zu nehmen und aktiv mitzugestalten. Der Bereich hat das Geschäft stets begleitet und das Dossier zu Händen des Vorstandes vorbereitet. Der Bereich hat sich dabei stets für eine freiwillige Basisstufe für die Gemeinden ausgesprochen und sich auch für die Veränderung des Kostenteilers zu Gunsten der Gemeinden eingesetzt. Allerdings hat er - zusammen mit dem Vorstand - die Haltung vertreten, dass vorerst die Evaluationsberichte zur Basisstufe publiziert werden, bevor über eine Gesetzesänderung entschieden wird. Diesem Ansinnen kam der Kanton dann letztlich entgegen. Der Kantonsrat hat die Änderung des Volksschulbildungsgesetzes und damit auch die freiwillige Basisstufe gutgeheissen. Es gibt dazu im Mai 2011 noch eine Volksabstimmung.

Wieder Kantonsbeiträge für die Musikschulen

Zudem galt es die Neuregelung der Musikschule an die Hand zu nehmen, nachdem der Kantonsrat im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags zur Musikschulinitiative sich dafür ausgesprochen hatte, dass es wieder Kantonsbeiträge geben soll. Der VLG konnte daher Einsitz in die neu geschaffene kantonale Musikschulkommission nehmen. Dies hat zur Aufgabe, die Kantonsmittel zu verteilen sowie die Qualitätssicherung sicherzustellen. Er ist darin mit Brigitte Troxler-Unternährer (Stadträtin, Willisau) vertreten, welche die Kommission gleichzeitig präsidiert.

Attraktivierung Lehrerberuf

Der VLG wurde gegen Ende Jahr mit dem Projekt „Attraktivierung des Lehrerberufes“ konfrontiert. Dabei geht es um Fragen der Entlohnung sowie der Lektionenbelastung der Lehrerinnen und Lehrer an der Volksschule. Auf Verlangen des Bereiches resp. des VLG-Vorstandes wurde dazu eine Projektorganisation ins Leben gerufen, so dass der VLG in der entsprechenden Projektsteuerung vertreten ist. Nach Ansicht des VLG kann es sich nicht nur um Lohnfragen handeln, sondern es muss das Berufsbild generell angeschaut werden. Die Arbeiten am Projekt starteten gegen Ende 2010. Erste Resultate sind erst im Frühjahr 2011 zu erwarten. Das Projekt heisst neu „Arbeitsplatz Schule“.

Im Weiteren beschäftigte sich der Bereich mit vielen Vollzugsfragen im Volksschulbereich. Der Bereich liess sich an einigen Sitzungen aus erster Hand direkt durch den Vorsteher des DVS, Dr. Charles Vincent, über aktuelle Geschäfte informieren.

2.3. Bereich Finanzen (Bereich FD)

Der Bereich Finanzen konnte sich dank der Neuorganisation im Rahmen von SPRING etwas entlasten und sich wirklich um Themen kümmern, die mit den Finanzen zu tun haben. Vorher waren bei ihm auch alle Fragen, die heute im Bereich Justiz und Sicherheit sind, angesiedelt.

Kostenrechnung (KORE) weiterhin ein Thema

Im letzten Jahr wurde die angekündigte Umfrage betreffend KORE bei allen Gemeinden durchgeführt. Die Resultate wurden ausgewertet und das Geschäft liegt nun im Bereich betreffend Entscheide über das weitere Vorgehen. Die Umfrageergebnisse waren sehr gemischt.

Revision Finanzausgleichsgesetz als politische Knacknuss

Ein Hauptbrocken war die Revision des Finanzausgleichsgesetzes und die Begleitung der Finanzausgleichsdelegation bei ihren Arbeiten an der Gesetzesrevision. Es ging u.a. darum, die Zwischenergebnisse jeweils im Bereich zu Händen des Vorstandes resp. zu Händen der Projektsteuerung zu besprechen. Zu dieser Vorlage führte der Bereich zwei Orientierungsveranstaltungen durch und bereitete dann die Vernehmlassung des VLG dazu vor.

Kohäsionsfonds in der zweiten Runde

Ebenfalls ein politisch heikles Geschäft kam in der zweiten Jahreshälfte aufs Tapet. Es ging darum, den vom Kantonsrat gutgeheissenen Kohäsionsfonds mit Inhalt zu füllen. Dabei geht es darum, den Rechnungsüberschuss 2006 von ca. CHF 80 Mio. zielgerichtet zu verwenden. Der Kanton hat zusammen mit einer Arbeitsgruppe, in welcher auch der VLG vertreten war, einen neuen Vorschlag gemacht, nachdem ein Erster gescheitert war. Die Vernehmlassung dazu startet 2011. Hier waren v.a die Mitglieder der Finanzausgleichsdelegation gefordert.

2.4 Bereich Gesundheit und Soziales (Bereich GSD)

Im Bereich Gesundheit und Soziales ging es einerseits darum, sich in den neuen Strukturen des VLG zurechtzufinden, wurde doch der Sozialvorsteher-Verband (SVL) aufgelöst. Andererseits hatte der Bereich politisch wichtige Geschäfte zu bewältigen, was einen intensiven Sitzungsrhythmus zur Folge hatte. Daneben organisierte der Bereich auch im vergangenen Jahr ein gutes, umfassendes Weiterbildungsangebot und konnte so den Sozialvorsteherinnen und Sozialvorstehern der Luzerner Gemeinden wiederum gute Dienstleistungen bieten.

Neue Pflegefinanzierung gab viel Arbeit

Die Vorbereitungen auf die Einführung der neuen Pflegefinanzierung hielten den Bereich GSD auf Trab. Es ging einerseits darum, den politischen Prozess zu begleiten, andererseits aber auch bereits darum, zukünftige Umsetzungsfragen zu diskutieren, da das Gesetz am 1.1.2011 in Kraft trat. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen für die Gesetzesevaluation getroffen, die 2011 startet. Dabei arbeitete der Bereich eng mit verschiedenen Organisationen zusammen (LAK, Spitex, etc.). Viel Diskussionsstoff gab dabei die finanzielle Belastung der Gemeinden infolge der Restfinanzierung. Die neue Pflegefinanzierung hat auch Auswirkungen auf die Spitex-Organisationen. Der Bereich erarbeitete daher Muster-Betriebsbewilligungen für Spitex-Organisationen und Anbieterorganisationen bis drei Pflegebetten. Er erarbeitete auch eine Übersicht der Pflegevollkosten der Spitex-Organisationen.

Kinderspitex Zentralschweiz - Abschluss der Leistungsvereinbarung ab 2011

Im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Pflegefinanzierung per 01. Januar 2011 mussten auch bei der Kinderspitex in den bestehenden Leistungsvereinbarung Änderungen vorgenommen werden, um den neuen Gesetzesbestimmungen von Bund und Kanton nachzukommen. Seit 2007 haben praktisch alle Luzerner Gemeinden eine Leistungsvereinbarung mit der Kinderspitex Zentralschweiz abgeschlossen.

Neue Qualitätskriterien für Kindertagesstätten im Kanton Luzern ab 2011

Der Bereich überarbeitete sodann auch die „Qualitätskriterien für Kindertagesstätten im Kanton Luzern“. Sie ersetzen die Qualitätsstandards für Kinderkrippen und krippenähnliche Einrichtungen des SVL Sozialvorsteher-Verbandes des Kantons Luzern vom 29. Januar 2003. Er empfiehlt den Gemeinden bei der Umsetzung nach diesem Grundlagenpapier vorzugehen. Schliesslich wurde mit Simone Troxler die Fachberatung neu organisiert.

2.5 Bereich Justiz und Sicherheit (Bereich JSD)

Der Bereich JSD wurde im April 2011 erst neu gegründet. Diesen Fachbereich hat es bis anhin nicht gegeben. Daher ging es in einer ersten Phase darum, den von Vorstandsmitglied Markus Hool geleiteten Bereich personell zu besetzen. Danach kamen gegen Ende Jahr erste Geschäfte in seinen Zuständigkeitsbereich. Bis anhin wurden einige Geschäfte noch vom Bereich BUWD (ehemals GAV) betreut, so das Vademecum der Luzerner Polizei, des Feuerwehrwesens sowie Fragen des Zivilschutzes.

Neues Erwachsenenschutzrecht als neue Herausforderung

Das grösste Projekt, das den Bereich JSD zu bewältigen hat, ist das neue Erwachsenenschutzrecht (ESR), bei welchem der VLG den Lead hat. Dieses soll im Jahr 2013 umgesetzt werden. Es wurde gegen Ende 2010 erste Eckwerte definiert und 2011 werden dann die grossen Projektarbeiten anstehen. Ebenfalls vom Bereich JSD wird das Projekt Reorganisation Regierungsstatthalter betreut welches in der 2. Jahreshälfte 2010 startete. Der VLG ist in der entsprechenden Arbeitsgruppe mit drei Personen vertreten.

2.6 Arbeitsgruppe Prozesse und Informatik (FAPI)

Der VLG hat beschlossen, die Thematik Prozesse und Informatik zu forcieren. Die Fachgruppe Prozesse und Informatik (FAPI) wurde im Rahmen der letzten Statutenrevision eingesetzt. Dabei wurden folgende Ziele verfolgt:

- Verbessern des elektronischen Angebots von Leistungen gegenüber den Kunden
- Harmonisieren der Prozesse und Fördern der Prozessdurchgängigkeit in der kommunalen Verwaltung sowie zu anderen kommunalen oder kantonalen Verwaltungseinheiten
- Standardisieren der Gemeinde-Informatik
- Fördern des Erfahrungsaustauschs und der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und zwischen Gemeinden und Kanton

In rund 25 Arbeitssitzungen hat die Fachgruppe Prozesse und Informatik in verschiedenen Konstellationen und mit unterschiedlichen Ansprechpartnern die Belange der Luzerner Gemeinden vertreten.

LuEgov; Erarbeitung der E-Government-Strategie Luzern

Projektstart war am 4.3.2010. Im Anschluss daran wurde die E-Government-Strategie Luzern bei den Gemeinden und den kantonalen Stellen in die Vernehmlassung geschickt. Mittels zweier Informationsveranstaltungen hat die Fachgruppe Prozesse und Informatik (FAPI) den Gemeinden den Sinn, Zweck und Inhalt der E-Government-Strategie präsentiert und detailliert erläutert. Die Sensibilität zum Thema konnte bei den Gemeinden dadurch erhöht werden. Das Vernehmlassungsergebnis, welches im April 2010 vorlag, fiel sehr positiv aus. So beurteilten 92% der Rückmeldungen die E-Government-Strategie als gut bis sehr gut. An der VLG Generalversammlung vom 21.4.2010 haben die Gemeinden grünes Licht zur E-Government Strategie gegeben. So wurden für die Jahre 2010 und 2011 ein Betrag von CHF 0.70 pro Einwohner bewilligt und der VLG wurde ermächtigt, eine Rahmenvereinbarung mit dem Kanton abzuschliessen. Diese wurde von beiden Parteien gegen Ende Jahr unterzeichnet. Die konstituierende Sitzung der Steuerung E-Government Luzern fand am 25.11.2010 unter der Leitung von RR Marcel Schwerzmann statt. Das Projekt LuEgov konnte somit Ende 2010 mit einer Terminüberschreitung von 3 Monaten, jedoch mit einer Kostenüberschreitung von rund 15%, erfolgreich abgeschlossen werden.

LuTax; Einsitz im Lenkungsausschuss

Am 4.3.2010 wurde das Projekt LuTax unter der Leitung der Dienststelle Steuern gestartet. Die Fachgruppe Prozesse und Informatik wurde vom VLG beauftragt, den VLG Sitz im Lenkungsausschuss zu besetzen. An zwei Lenkungsausschuss Sitzungen (7.6.2010 und 19.10.2010) wurden rund 30 Konzepte behandelt und teilweise verabschiedet. Um den Einbezug des Steuer-Fachwissens sicherstellen zu können, sind die Vertreter der Fachgruppe Prozesse und Informatik auf den VSLG zugegangen. Daraus ist eine unkomplizierte Zusammenarbeit entstanden. Es hat sich gezeigt, dass der Einfluss im Lenkungsausschuss gering ist. Hingegen gelingt es auf der Stufe Projekt-Arbeitsgruppe die Gemeindebedürfnisse einzubringen. Es wurde festgehalten, dass Gemeinden mit einem grösseren Volumen an Steuerakten über LWL (Lichtwellenleitungen oder Glasfaserkabel) zu erschliessen sind.

E-Government-Projektliste der Gemeinden

Aus dem Projekt LuEgov ist das Bedürfnis entstanden, dass die Luzerner Gemeinden bei der Erstellung einer E-Government-Projektliste einbezogen werden. Die Fachgruppe Prozesse und Informatik hat daraufhin einen internen Workshop zur Vorbereitung durchgeführt. Das Arbeitsergebnis war der Entwurf einer E-Government-Projektliste für die Gemeinden. An den Workshop vom 1.7.2010 im Bahnhof Luzern wurden alle Gemeinden eingeladen. Rund 20 Gemeinden mit 30 Teilnehmern nahmen an der Veranstaltung teil. Die Projektliste dient heute als Grundlage für die weitere Tätigkeit im Rahmen der Steuerung E-Government Luzern.

Koordination mit diversen Stellen

Die Fachgruppe Prozesse und Informatik hat im vergangenen Jahr ebenfalls mit der Dienststelle für Informatik (DIIN) den Kontakt vertieft. Zudem konnte der Kontakt zum rawi und den Verantwortlichen der Baugesuchslösung BAGE etabliert werden. Die kantonale BAGE wird für die Gemeinden zu einer immer wichtigeren Plattform. In Sachen Geschäftsfallverwaltung konnte der Kontakt mit dem Staatsarchiv verbessert werden. Dabei entstand ein Dokument, welches die Gemeinden bei der Einführung von GEVER (Geschäftsverwaltung) unterstützt.

3. Kommunikation

Mit dem elektronischen Newsletter konnten auch im vergangenen Jahr wiederum aktuelle Informationen an die Gemeinden weitergegeben werden. Neu konnten vermehrt Berichte der einzelnen Bereiche darin integriert werden. So geben diese Newsletter insgesamt einen guten Überblick über die Verbandsaktivitäten. Wiederum wurden auch zwei Ausgaben der Gazette publiziert, um einer breiteren Öffentlichkeit die Aktivitäten sowie einzelne Positionen des VLG näherzubringen. Die Homepage konnte aktuell gehalten werden und es wurde sichergestellt, dass alle Leitfäden und Empfehlungen, die von den fusionierten Behördenverbänden ausgearbeitet wurden, auf der VLG Homepage abrufbar sind. Es wurde aber auch erkannt, dass in diesem Bereich noch vermehrt Anstrengungen unternommen werden müssen, insbesondere was die Berichterstattung über politische Geschäfte des Kantonsrats anbelangt (bspw. Pflegefinanzierung). Entsprechende Projekte sind in Vorbereitung.

Politkontakte/Lobbying

Auch im vergangenen Jahr legte der Verband grosses Gewicht auf regelmässige Kontakte zur Politik und Verwaltung. An zwei Gesprächsforen mit dem Regierungsrat konnten wichtige Themen direkt beim Regierungsrat deponiert werden. Wiederum gab es auch ein Treffen mit den im Kantonsrat vertretenen Fraktionschefs. Man wird hier inskünftig vermehrt auf Einzel-

kontakte setzen. Zudem wurde im Juni auch ein Meinungs austausch mit allen Gemeinderatsmitgliedern, welche auch dem Kantonsrat angehören, durchgeführt. Diese Zusammenkunft wurde von den Anwesenden sehr geschätzt und wird pro Jahr mindestens einmal durchgeführt. Im Rahmen von einzelnen Kantonsratsgeschäften kam es zudem zu verschiedenen Kontakten zwischen Bereichsleitenden oder der Geschäftsstelle mit einzelnen Kommissionen des Kantonsrats. Es zeigte sich auch im vergangenen Jahr, wie wichtig gute Kontakte zur Politik und zu den Departementen sind. So gab es auch erstmalige Treffen der einzelnen Bereichsdelegationen mit Vertretungen der einzelnen Departemente. Diese wurden auch von der kantonalen Verwaltung als sehr positiv und konstruktiv empfunden. Ein weiterer Punkt war auch die Intensivierung des Kontaktes mit dem Schweizerischen Gemeindeverband. Dort ist man daran, ein ähnliches Organisationskonzept umzusetzen, wie es der VLG hat. In diesem Zusammenhang hat sich der VLG eingesetzt, dass die sogenannte TAK (tripartite Agglokonferenz) zu einer Plattform wird, auf welcher die Anliegen aller Gemeinden mit Bund und Kantonen diskutiert werden kann. Damit wird ein erster Schritt gemacht, damit die Gemeinden auf Bundesebene vermehrt Einfluss nehmen können.

4. Vernehmlassungen

Der VLG wurde im vergangenen Jahr zu insgesamt 25 Stellungnahmen eingeladen und nahm in der Folge Stellung dazu. Dabei waren wiederum einige sog. Untervernehmlassungen zu Händen des Regierungsrates oder lediglich Anhörungen darunter. Der Verband war auch im vergangenen Jahr bemüht, seine Stellungnahmen möglichst rechtzeitig den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Leider ist dies wiederum nicht vollständig geglückt. Vielfach war der vorgegebene kantonale Fahrplan derart eng, dass der Verband selber zeitlich unter Druck gerät. Oftmals kamen die kantonalen Vernehmlassungen auch nicht gemäss angekündigtem Fahrplan. Trotzdem ist es in vielen Fällen gelungen, den Gemeinden durch ein rechtzeitiges zur Verfügung stellen der Vernehmlassungsantwort eine Hilfestellung zu bieten und damit einen Mehrwert zu erzeugen. In der politisch wohl wichtigsten Vernehmlassung vom 2010 - nämlich derjenigen der Revision des Finanzausgleichsgesetzes - fanden im Vorfeld sogar zwei Info-Veranstaltungen statt.

5. Projekte auf Stufe Vorstand

Gewisse Projekte sind direkt beim Vorstand angesiedelt. So vertrat Verbandspräsident Ruedi Amrein bspw. den VLG auch im vergangenen Jahr im Projekt Agglo-Programm sowie in der Stiftung Wirtschaftsförderung. Sodann waren Vorstandsmitglieder in verschiedenen Projektsteuerungen engagiert und Irene Keller ist ständiges Mitglied des Verbundrates (ö.V).

Projekt „SPRING“ tritt in die Schlussphase

Nachdem im Januar 2010 die neuen Statuten beschlossen wurden, gab sich der Vorstand auch eine den neuen Gegebenheiten angepasste Geschäftsordnung. Auch die Vorstandsentschädigung konnte bereinigt werden. Erstmals wurden im vergangenen Jahr sodann alle Entschädigungen der Arbeitsgruppen zentral von der VLG Geschäftsstelle abgewickelt. Ebenfalls konnten zwei Verbände (SVL und VLS) finanziell in den VLG integriert werden und die entsprechenden Liquidationen rechtlich ordnungsgemäss durchgeführt werden. Die finanzielle Integration des GAV konnte aufgrund noch offener steuerrechtlicher Fragen 2010 nicht abgeschlossen werden. Das Thema Verbandscontrolling wurde im Verlaufe des Jahres andiskutiert und wird 2011 umgesetzt. Es geht dabei darum, die Steuerung des Verbandes



mit seinen fünf Bereichen, Delegationen und unzähligen Arbeitsgruppen noch zu verbessern. Dazu gehört auch die Optimierung des verbandsinternen Meinungsbildungsprozesses, um die verschiedenen Interessen der 87 Mitgliedsgemeinden zu bündeln.

„Letter of intent“ unterzeichnet

Am 25. August 2010 konnten Verbandspräsident Ruedi Amrein und Geschäftsführer Ludwig Peyer in einem feierlichen Akt auf der Kommende Reiden den „Letter of intent“ zwischen dem VLG und dem Regierungsrat im Beisein des damaligen Regierungspräsidenten Dr. Anton Schwingruber und Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig unterzeichnen. Der „Letter of intent“ hält fest, dass der VLG grundsätzlich der einzige Ansprechpartner ist, wenn eine Mehrheit der Gemeinden davon betroffen ist. Damit ist eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und dem VLG vertraglich festgehalten. Selbstverständlich bleibt der Zugang jeder einzelnen Gemeinde zum Regierungsrat weiterhin erhalten. Im Übrigen bringt diese Vereinbarung für beide Seiten viele Vorteile, denn so ist einerseits sichergestellt, dass der Regierungsrat bei allen wichtigen Geschäften den VLG konsultiert.

6. Personelles

Neue Vorstandsmitglieder / Bereiche neu besetzt

Nach dem Rücktritt der drei Vorstandsmitglieder, Edgar Fischer, Gemeindeammann Büron, Margrit Thalman, Gemeindepräsidentin Schüpfheim sowie Franz Müller, Stadtrat Luzern, fanden an der ord. Generalversammlung vom 20. April 2010 die entsprechenden Ersatzwahlen statt. Dabei wurden der Luzerner Stadtrat **Ruedi Meier**, der Romooser Gemeindeammann **Peter Emmenegger** sowie der Horwer Gemeindepräsident **Markus Hool** neu in den Vorstand gewählt. Markus Hool übernahm zusätzlich den neu gebildeten Bereich Justiz und Sicherheit (JSD), währenddessen Peter Emmenegger das Vizepräsidium von Margrit Thalman u. gleichzeitig dasjenige des Finanzchefs von Edgar Fischer übernahm.

Im Rahmen der Umsetzung von SPRING wurden alle fünf Bereiche personell teilweise neu besetzt. So ist einerseits die Fachlichkeit, andererseits aber auch die regionale Vertretung sichergestellt (vgl. Ziff. 1.2 und www.vlg.ch).

7. Dank

Ich danke an dieser Stelle allen Vorstandskolleginnen und -kollegen, den Leiterinnen und Leitern der vier Bereiche und Delegationen sowie den unzähligen Gemeindevertreterinnen und -vertretern, welche letztes Jahr in zahlreichen Projekt- und Arbeitsgruppen mitgearbeitet haben. Schliesslich bedanke ich mich bei allen Gemeinden für ihre fristgerechte Begleichung der Jahresbeiträge sowie für das aktive Mitwirken bei Stellungnahmen und Vernehmlassungen und damit auch für das Interesse, welches sie für die Arbeit des VLG entgegenbringen. Einen grossen Dank widme ich auch dem Team unserer Geschäftsstelle. Sie leistete wiederum umfangreiche und hervorragende Arbeit. Mit diesem letzten Jahresbericht verabschiede ich mich auch selber von der Spitze des VLG, an welcher ich fast sechs Jahre sein durfte und bedanke mich bei allen für das in mich geschenkte Vertrauen. Ich darf meinem Nachfolger einen gut aufgestellten Verband übergeben und wünsche dem VLG weiterhin eine gute Entwicklung und viel Erfolg.

Malters, im März 2011
Ruedi Amrein, Präsident